

Die Agenda 2010 macht auch den gutgläubigsten sozialdemokratischen Gewerkschaftern deutlich, welch tiefe Zäsur der Nachkriegspolitik hier stattfindet, auf die seit 20 Jahren hingearbeitet wird. Es besteht kein Zweifel, dass dies unter dem Strich der bislang größte Angriff auf die Sozialsysteme ist.

Die Axt wird an zentrale Säulen der Sozialversicherungssysteme angelegt. Die entscheidenden Prämissen der neoliberalen Politikdoktrin werden fortgesetzt, nämlich alles zu tun was, der Kapitalakkumulation dienlich ist, und peu à peu alles zurückdrängen, um- oder abzubauen, was soziale Kosten verursacht. Die Begründungen können wir bei den konservativ-liberalen Vorgängern nachlesen.

Diese Politik, betrieben von einem sozialdemokratischen Kanzler, dessen Wiederwahl die Gewerkschaften vor einem halben Jahr gefördert haben, und der Bruch zentraler Wahlversprechen zwingt die Gewerkschaften, sich politisch neu zu positionieren. Grob gesagt gibt es dabei zwei Optionen:

1. Sie können durch Anpassung Reform- und Anschlussfähigkeit an die Regierungspolitik zeigen (Modell Schmoldt). Das wäre nur möglich, wenn wesentliche Prämissen des gewerkschaftlichen Selbstverständnisses von sozialer Gerechtigkeit aufgegeben und eine Beschränkung auf Lobby- und Klientelpolitik durchgesetzt würde.

2. Sie können sich als bewusstes Gegengewicht gegen die herrschende neoliberale Politik, als politischer Anwalt und Interessenorganisation aller Lohn- und Gehaltsempfänger, einschließlich der Arbeitslosen, Sozialhilfeempfänger und Rentner verstehen. Das würde mittelfristig eine Orientierung auf die Rolle einer außerparlamentarischen Opposition mit starker betrieblicher Verankerung bedeuten. Neue und zum Teil ungewohnte Bündnisse mit anderen Gruppen wie Attac, Kirchen, Sozialverbände usw. müssten aufgebaut und für die breite Mobilisierung und Aufbau einer Gegenbewegung erprobt werden.

Das letztere Modell bedeutet die offensivere Wahrnehmung des politischen Mandats

# Für eine Neubestimmung der Rolle der Gewerkschaften

## Gewerkschaftliche Autonomie zurückgewinnen

der Gewerkschaften ohne eine mehr oder weniger offene Präferenz für eine Partei. Sie müssten also genau die Rolle einnehmen, die ihnen massiv und unter Einsatz aller demagogischen Mitteln von den bürgerlich-liberalen und vermehrt auch von den sozialdemokratischen Politikern abgesprochen wird. Um diese Rolle wahrnehmen zu können, müssen auch Ausmaß und Hintergrund der aktuellen Politik diskutiert und begriffen werden. Ich nenne nur einige Punkte:

### Klassenkompromiss aufgekündigt

Die Hegemonie der neoliberalen Politik ist weltweit so groß, dass sie nicht eine vorübergehende Erscheinung bleiben wird. Zwar ist diese Politik objektiv gescheitert und hat auch nirgendwo zu einem dauerhaften Aufschwung geführt, auch besteht nirgendwo ein so großer Unterschied zwischen propagierter Ideologie und der Wirklichkeit, aber ihre Profiteure, insbesondere die transnationalen Konzerne, werden alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel einsetzen, damit diese Politik fortgeführt wird.

Die Tiefe der ökonomischen Krise darf nicht unterschätzt werden. Die Reichtumsanhäufung des Kapitals und der Vermögenden geschieht seit Jahren nicht mehr durch Wachstum und Einsatz neuer Technologie, sondern durch Umverteilung. Die aktuelle Politik, die diese Umverteilung fördert und sich voll den Bedürfnissen der Kapitalverwertung unterordnet, wird die Krise noch weiter verschärfen, vor allen Dingen wird sie die soziale Polarisierung verstär-

ken. Die Hoffnung, dass in absehbarer Zeit ein sich selbst tragender Aufschwung kommen wird, der die Position der Gewerkschaften stärkt, dürfte so schnell kaum in Erfüllung gehen. Auch die Hoffnung, dass die Krise durch eine keynesianische Nachfragepolitik, so wichtig sie wäre, gelöst werden kann, dürfte letztendlich zu kurz greifen.

All das führt zu dramatischen Veränderungen der sozialen Verhältnisse und der Rolle der Gewerkschaften in der Gesellschaft. Die in den Hintergrundpapieren zur Kommunikationskampagne des DGB öfters durchscheinende Hoffnung, dass Flächen-tarifvertrag und sozialer Frieden doch auch dem Kapital soviel wert sein müssten, dass es – wenn auch auf schlechterem Niveau – wieder zu mehr sozialpartnerschaftlicher Politik zurückkehrt, ist illusionär und für den Aufbau wirkungsvoller Gegenwehr lähmend. Das Kapital hat den Klassenkompromiss der 60er und 70er Jahre längst aufgekündigt. Die aktuelle Diskussion um die Gewerkschaften als Bremser, Blockierer oder gar als Plage zeigt, dass man auf die Einbindung der Gewerkschaften keinen großen Wert mehr legt, es sei denn, sie gehen den Schmoldtschen Weg der Kapitulation und Anschlussfähigkeit an die Regierungspolitik.

Insoweit ist die Wahrnehmung des politischen Mandats der Gewerkschaften keine kurzfristige Angelegenheit, sondern erfordert eine neue Definition ihrer gesellschaftlichen Rolle und Identität.

### Kapitalismuskritik und mehr

Stichwortartig sollen hier einige Grundlagen für diese etwas ungewohnte Rolle der deutschen Gewerkschaften angesprochen werden.

Alle sozialreformerischen Forderungen, wie ein Investitionsprogramm für die Kommunen, aktive Arbeitsmarktpolitik, Arbeitszeitverkürzung, Einnahmeverbesserungen für die Sozialversicherungen usw. können nur verankert werden, wenn sie mit der Verteilungsfrage von Reichtum und Vermögen verbunden und wenn für diese Forderungen auch soziale Kämpfe organisiert werden.

Wir müssen uns bewusst sein, dass auch die Gewerkschaftslinken ein im Wesentlichen sozialreformistisches Konzept hat und der verstorbene Helmut Schauer hat immer wieder darauf hingewiesen, dass der Reformismus in seiner größten Krise ist. Insofern werden wir auch Positionen entwickeln müssen, die über die kapitalistische Waren-, Konkurrenz- und Marktlogik hinausgehen. Kurzum: Kapitalismuskritik und das Ringen

um eine andere Weltwirtschaftsordnung müssen wieder stärker entwickelt werden.

Weil die Voraussetzungen für die wirkungsvolle Wahrnehmung des politischen Mandats weder in der gewerkschaftlichen Führung noch an der gewerkschaftlichen Basis vorhanden sind, müssen diese in einem nicht einfachen und mit einigen Rückschlägen verbundenen Prozess erst geschaffen werden. Dazu gehört, dass in einer Eskalationsstrategie von regionalen, landesweiten bis hin zu bundesweiten Demonstrationen (wo möglich auch innerhalb der Arbeitszeit) entschiedene Gegenwehr gegen den Sozialabbau aufgebaut wird. Die Gewerkschaften dürfen sich hierbei nicht auf die SPD-Linke verlassen, so wichtig deren Gegenwehr ist. Sie müssen ihren eigenen Beitrag zur Gegenwehr leisten, sonst können sie schnell zum Bestandteil der zu erwartenden Niederlage der SPD-internen Kritiker der Agenda 2010 werden.

Zur Gegenwehr gegen Sozialabbau gehört auch der Widerstand gegen den Abbau der öffentlichen Daseinsvorsorge durch Ausgliederung und Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen.

Hier treffen sich gemeinsame Interessen von Beschäftigten, Bürgerinnen und Bürgern, Globalisierungskritikern. In den nächsten Jahren wird sich entscheiden, ob öffentliche Güter (Wasser, Erziehung, Bildung, ÖPNV, Gesundheitsversorgung usw.) der Kapitalakkumulation zugeführt werden oder als Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge erhalten werden können.

Ohne eine stärkere internationale Orientierung und Vernetzung werden die überwiegend national operierenden Gewerkschaften dem zunehmend globalisierten Kapital kaum etwas entgegenzusetzen können.

Die Gewerkschaften alleine werden kaum Träger einer solchen Politik sein können. Sie müssen sich am Aufbau sozialer Netze auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene beteiligen, wie das vielerorts oder beim Weltsocialforum und beim Europäischen Socialforum in Ansätzen schon geschieht.

Letztendlich wird ein Umorientierung der Gewerkschaftspolitik ohne Änderung ihrer inneren Struktur kaum gelingen. Die Repolitisierung der Gewerkschaften erfordert die Politisierung der Mitglieder, die Öffnung für neue soziale Gruppen, Bündnisfähigkeit und die bewusste Weiterentwicklung der innergewerkschaftlichen Demokratie.

Bernd Riexinger, Stuttgart

Bernd Riexinger ist geschäftsführender Sekretär in der Bezirksverwaltung von Ver.di Stuttgart.

## SoZ Sozialistische Zeitung

monatlich mit 24 Seiten Berichten und Analysen zum alltäglichen kapitalistischen Irrsinn und den Perspektiven linker Opposition

SoZ-Verlag · Dasselstr. 75–77 · D-50674 Köln  
Fon (02 21) 9 23 11 96 · Fax 9 23 11 97  
redaktion@soz-plus.de · www.soz-plus.de

### Ich bestelle eine

- kostenlose Probeausgabe  
 Probeabo (4 Ausgaben) gegen 10-Euro-Schein  
(keine automatische Verlängerung)

Name \_\_\_\_\_ Anschrift \_\_\_\_\_

Ausschneiden und einsenden an: SoZ, Dasselstr. 75–77, 50674 Köln

## Was will die SoZ?

Die Sozialistische Zeitung (SoZ) setzt sich zum Ziel, publizistisch dazu beizutragen, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, geknechtetes, verlassenes und verächtliches Wesen ist.

Sie versteht sich deshalb als Teil der emanzipatorischen Bewegungen, deren Ziel die Befreiung der Menschen von Unterdrückung, Ausbeutung, Entfremdung und Gewalt ist.

Der Kampf für umfassende Emanzipation kann nur erfolgreich sein, wenn die unterdrückten und entfremdeten Menschen sich für ihre eigenen Interessen und gegen Unterdrückung und Erniedrigung selbst engagieren. Deshalb verteidigt die SoZ demokratische Ansprüche individueller wie kollektiver Art und bekämpft alle Formen ausgrenzender Diskriminierung (Chauvinismus, Sexismus, Rassismus, Antisemitismus usw.) in der bürgerlichen

Gesellschaft wie auch innerhalb linker Organisationsformen.

Der Kampf für umfassende Emanzipation in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft wird nicht zuletzt entlang des Widerspruchs zwischen Lohnarbeit und Kapital geführt. Deshalb versteht sich die SoZ als grundsätzliche Gegnerin der weltweit vorherrschenden kapitalistischen Gesellschaft und ergreift Partei für die gegen Profitstreben und Konkurrenzkampf streitenden abhängig Beschäftigten.

Es gibt Widersprüche, die nicht auf den Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital zu reduzieren sind – die Geschlechterfrage und die Ökologiefrage bspw. oder die Missachtung demokratischer Rechte von besonders unterdrückten und benachteiligten Bevölkerungsteilen. Deren praktische und theoretische Bearbeitung erfordert eigenständige Mittel. Ihre besondere Ausformulierung erfahren diese Widersprüche durch die bürgerliche Gesell-

schaft und den sie zentral durchziehenden Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit. Es bedarf deswegen einer neuen, sich nicht selbst herstellenden Einheit in der Vielfalt, eines neuen Bündnisses von demokratischen und sozialistischen Kämpfen.

Der Kampf um umfassende Emanzipation ein internationaler ist und letzten Endes auch nur dann erfolgreich sein kann, wenn er als internationalistischer weltweit geführt wird, versteht die SoZ die Förderung internationaler Solidarität und internationaler Zusammenarbeit als eine besondere Aufgabe der Zeitung.

Notwendig ist eine sozialistische Gesellschaft. Ihre ökonomische Grundlage kann nur sein: eine demokratisch geplante, selbstverwaltete Wirtschaft, die sich vor allem an den Bedürfnissen der Menschen orientiert – anstatt am Profit der Unternehmer und Banker oder den Privilegien der Bürokraten. Ihre politische Grundlage kann nur sein: Die Verwirkli-

chung der breitesten Demokratie, die Selbstbestimmung der Produzenten und die Selbstorganisation all derer, die einer besonderen Form der Unterdrückung unterliegen. Ziel muss also eine Gesellschaft sein, die im Gegensatz zur bürgerlich-kapitalistischen Klassengesellschaft und zu den ehemaligen bürokratischen Regimen (in der Ex-DDR, der Ex-UdSSR, in China usw.) steht. Sozialistische Demokratie kann sich nur da entwickeln, wo individuelle Rechte garantiert und erweitert werden, wo sich politische, soziale und kulturelle Demokratie entwickeln kann, ohne auf Grenzen von Macht und Herrschaft zu stoßen.

Eine solche Gesellschaft von morgen wird in den Kämpfen von heute aufgebaut. Die SoZ als eine von Parteien unabhängige Zeitschrift tritt in diesen Kämpfen für die Einheit der sozialistischen Kräfte und für den Aufbau einer organisierten Gegenmacht ein, die uneingeschränkt für diese Ziele steht.

Auszug aus dem Redaktionsstatut der SoZ